



**Dr. Peter Ramsauer**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung  
Bundesminister a. D.

Dr. Peter Ramsauer, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

---

Berlin, 30.11.2018

**Dr. Peter Ramsauer, MdB**

Platz der Republik 1 11011  
Berlin  
Telefon: +49 30 227-72240  
Fax: +49 30 227-76350  
peter.ramsauer@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Traunwalchen:**

Mühlenstraße 3  
83374 Traunwalchen  
Telefon: +49 08669-6223  
Fax: +49 08669-78316  
peter.ramsauer@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Herr \_\_\_\_\_,

haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht zum UN- Migrationspakt vom 15. November 2018. Mit Ihrer Kritik am Pakt stehen Sie nicht alleine: In den letzten Wochen wurden mir mehr als 350 Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern mit ähnlichen Bedenken wie Ihren zugesandt.

Aus der Berichterstattung der letzten Wochen konnten Sie entnehmen, dass ich mich klar gegen den Pakt und eine Kopf- durch-die-Wand-Politik ausgesprochen habe. An dieser Position hat sich nichts geändert. Die Sorgen der deutschen Bürgerinnen und Bürger müssen vor der Annahme einer solchen internationalen Vereinbarung zwingend berücksichtigt werden.

Am gestrigen Donnerstag, den 28. November 2018, haben die Koalitionsfraktionen aus CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Plenum eingereicht. Dieser Antrag ist eine Reaktion auf die Kritik und Sorgen, die nicht nur mich, sondern auch viele meiner Kollegen im Deutschen Bundestag im Laufe der letzten Woche erreicht haben. Meine Zustimmung zu diesem Antrag steht in keiner Weise im Widerspruch zu meinen vorher getätigten Aussagen zum UN-Migrationspakt. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die Abstimmung über den Entschließungsantrag nicht mit einer Abstimmung über den Pakt als solchem zu verwechseln ist. Also: Es wurde NICHT über den Migrationspakt als solchem abgestimmt. Die schlampigen Medien stellen dies bedauerlicherweise völlig falsch dar.

Da es sich beim UN-Migrationspakt um keinen völkerrechtlichen Vertrag handelt, unterliegt die Bundesregierung nicht dem Vorbehalt parlamentarischer Zustimmung und muss die Vereinbarung vor ihrer Unterzeichnung nicht durch den Gesetzgeber ratifizieren lassen. Aus diesem Grund hat der



Bundestag gar nicht die Möglichkeit, der Bundesregierung eine Unterzeichnung zu untersagen.

Entschließungen bieten dem Parlament hingegen die Möglichkeit, der Bundesregierung die Position des Bundestages mitzuteilen und sie dazu aufzufordern, diese in ihrem Handeln zu berücksichtigen. Diesen Weg haben wir mit unserem Entschließungsantrag beschritten. In diesem nehmen wir die aus der Bevölkerung an uns herangetragenen Bedenken konkret auf und fordern die Bundesregierung dazu auf,

- „weiterhin sicherzustellen, dass durch den GCM die nationale Souveränität und das Recht Deutschlands, über seine Migrationspolitik selbst zu bestimmen, nicht beeinträchtigt werden und durch den GCM keine nationalen Hoheitsrechte übertragen werden“,
- „in der internationalen Staatengemeinschaft dafür einzutreten, dass andere Staaten – insbesondere diejenigen, aus denen ein besonderer Migrationsdruck nach Europa und Deutschland entsteht – Mindeststandards für Migranten und Migrantinnen zu etablieren und gewährleisten, um hierdurch auch den Migrationsdruck nach Europa und Deutschland zu reduzieren“,
- „weiterhin klar und stringent zwischen legaler und illegaler Migration zu unterscheiden und dabei die illegale Migration nach Deutschland und Europa auch mit nationalstaatlichen und europäischen Mitteln zu verhindern“,
- „auf internationaler Ebene gegenüber den Partnerstaaten mit Nachdruck die völkerrechtliche Verpflichtung zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger einzufordern“,
- „sich deshalb bei allen Staaten mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass gemäß den Bestimmungen des GCM alle Migranten über Identitätsnachweise und Reisedokumente verfügen, denn an keinem anderen Hindernis scheitert die Rückführung Ausreisepflichtiger so oft wie an der mangelnden Kooperationsbereitschaft bei der Identitätsfeststellung und Ausstellung von Reisepässen“ und
- „gemeinsam mit den europäischen Partnern den Schutz der europäischen Außengrenzen voranzutreiben und zu verbessern“,

um nur einige unserer 13 Forderungen herauszugreifen (den gesamten Antrag können Sie unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/060/1906056.pdf> einsehen).



Ich hoffe sehr, dass ich Ihnen die Vorgänge im Deutschen Bundestag rund um den UN-Migrationspakt und meine persönliche Position dazu in diesen Zeilen nachvollziehbar machen konnte und wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a few stylized, connected letters.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Oliver Danneberg'.